

Sozial, Gerecht und Nachhaltig.

**Wahlprogramm zur Wahl am 15. März
in Fuldata.**

Die Linke

Ortsverband
Fuldata

Vorwort

Fuldatal steht, wie viele Kommunen in Deutschland, vor grundlegenden Veränderungen und Herausforderungen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie eng globale Entwicklungen und kommunale Lebensrealitäten miteinander verknüpft sind. Ökologische Krisen, wirtschaftliche Unsicherheiten, Aufrüstung in Industrie und in den Köpfen und zunehmend autoritäre Lösungen für gesellschaftliche Probleme bilden den Spannungsrahmen, in dem die Gemeinde Fuldatal ihre Zukunft gestaltet. Auch im ländlichen Raum Nordhessens sind diese Entwicklungen spürbar. Steigende Kosten, Verschlechterungen der Infrastruktur und wachsende Anforderungen an die kommunale Verwaltung prägen den Alltag vieler Menschen.

Die Linke Fuldatal tritt an, um eine verlässliche, sozial gerechte und zukunftsorientierte Politik für die Gemeinde zu gestalten. Wir sind eine noch sehr neue Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen, die gemeinsam Verantwortung übernehmen möchten. Unser Ziel ist dass Fuldatal ein Ort sein soll, in dem alle Menschen gut leben können – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter oder Lebenssituation. Solidarität, soziale Teilhabe, demokratische Mitbestimmung und nachhaltiges Handeln sind die Leitlinien unseres politischen Handelns.

Wir wissen um die finanziellen Herausforderungen der Gemeinde. Viele Aufgaben werden uns von Bund und Land übertragen, während die notwendigen finanziellen Mittel nicht bereitgestellt werden. Die kommunalen Haushalte geraten dadurch zunehmend unter Druck. Wir wollen dieser Realität begegnen. Unsere Politik setzt auf Transparenz, solide Prioritätensetzung und langfristige Perspektiven. Statt kurzfristiger Symbolpolitik für kurzfristige Profitinteressen verfolgen wir nachhaltige Lösungen, die auf realistischen Einschätzungen der lokalen Möglichkeiten beruhen und klar daran orientiert sind, die Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Unsere Gemeinde soll ein Ort sein, an dem Menschen sich sicher, anerkannt und gut versorgt fühlen.

Mit diesem Wahlprogramm legen wir dar, wie wir Fuldatal in den kommenden Jahren gestalten wollen. Es ist ein Programm für Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Ein Programm für alle, die in Fuldatal leben – und für alle, die unsere Gemeinde lebenswert halten wollen.

Dieses Programm dient als Ergänzung zum Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 15. März 2026 im Landkreis Kassel. Bei Interesse finden Sie das Programm unter

Mehr dazu hier:



<https://die-linke-kassel-land.de/kommunalwahlprogramm/>

Klimaschutz und Umweltschutz

Die Klimakrise ist weiterhin akut. Die Folgen sind bereits jetzt messbar: häufigere Starkregenereignisse, längere Trockenzeiten, hitzebelastete Sommer und stärker beanspruchte Ökosysteme konnten wir alle in den letzten Jahren erleben. Es ist zu erwarten, dass sich dies in den kommenden Jahren noch verschärft. Kommunale Klimapolitik ist daher keine symbolische Frage, sondern eine notwendige Grundlage für die langfristige Sicherung der örtlichen Lebensqualität.

Klima und Umwelt sind zwar miteinander verzahnt, Schutzmaßnahmen setzen jedoch an ganz unterschiedlichen Punkten an. Eine intakte Umwelt ist Grundvoraussetzung für gesundes Leben, stabile Landwirtschaft und attraktive Naherholung. Auch der Umweltschutz muss deshalb in Fuldatal ein integraler Bestandteil kommunaler Politik sein.

Darum fordern wir:

Fuldatal braucht ein langfristig angelegtes Klimaschutzmanagement.

Wir setzen uns dafür ein, dass das vorhandene Klimaschutzkonzept kontinuierlich weiterentwickelt und umgesetzt wird und nicht hinter vermeintlich dringlicheren Themen zurückgestellt wird. Wir fordern, dass die Stellen im Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement dauerhaft finanziert und personell gut ausgestattet werden. Außerdem wollen wir, dass Gemeindemittel zur Verfügung gestellt werden und durch Förderprogramme ergänzt werden, sodass lokale Projekte entstehen können, die Klimaschutz vor Ort sichtbar machen.

Die Gemeinde Fuldatal kann selbst konkrete Maßnahmen ergreifen und zum Vorbild werden.

Wir wollen die Gemeinde zum Vorbild machen:

- Indem wir uns für den Einsatz ausschließlich elektrischer Dienstfahrzeuge und den Ausbau von Infrastruktur für E-Mobilität einsetzen.-
- Indem wir uns für die Reduktion tierischer Produkte bei gemeindlichen Veranstaltungen, die Förderung lokaler und regionaler Anbieter für nachhaltige Verpflegung einsetzen.
- Indem wir uns für die regelmäßige Energieberatung für Haushalte und Gewerbe durch Kooperationen mit regionalen Institutionen einsetzen.

Wir wollen wir Anreize schaffen, dass Möglichkeiten gut genutzt werden.

Die kommunale Beschaffung soll noch nachhaltiger werden.

Wir wollen, dass bei der Beschaffung verbindliche Kriterien gelten: Energieeffizienz, Reparierbarkeit, Lebensdauer und regionale Wertschöpfung sollen fest in der Beschaffungsordnung verankert sein, ebenso wie eine transparente Dokumentation der Beschaffungsentscheidungen.

Die Baumbestände von Fuldatal müssen geschützt werden.

Fuldatal verfügt über wertvolle Baumbestände, die wichtige ökologische Funktionen erfüllen, wie Temperaturregulierung, CO₂-Bindung, Lebensraum für Tiere und Schutz vor Bodenerosion. Diese müssen erhalten bleiben. Deswegen fordern wir eine Einführung einer Baumschutzsatzung, die klare Kriterien zum Erhalt von Bäumen und zum Umgang mit Fällungen definiert.

Eine Katzenschutzverordnung für Fuldatal ist notwendig.

Eine kommunale Katzenschutzverordnung mit Kastrations- und Registrierungspflicht dient nicht nur dem Tierschutz, sondern schützt auch heimische Vogel- und Kleintierbestände. Sie hilft Tierleid zu verhindern und reduziert die Belastung für Tierheime und ehrenamtliche Tierschutzinitiativen.

Versiegelte Flächen müssen aufgebrochen und naturnah gestaltet werden.

Dies verbessert das Mikroklima, steigert die Artenvielfalt und hilft bei der Wasseraufnahme des Bodens. Wir brauchen eine Renaturierung geeigneter Areale, beispielsweise am ehemaligen Tiergehege in Simmershausen, wo Tümpel, Feuchtwiesen oder naturpädagogische Areale entstehen könnten. Zudem müssen wir lokale Ausgleichsflächen bei Neubau- und Gewerbeprojekten schaffen, statt Ausgleichszahlungen an entfernte Regionen zu leisten.

Das bürgerschaftliche Engagements im Umweltschutz soll gestärkt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger von Fuldataal leisten bereits heute wertvolle Arbeit für Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Gemeinde kann und sollte solche Initiativen aktiv unterstützen, beispielsweise durch Bücherschränke, Tauschbörsen, Flohmärkte oder Repair-Cafés zur Wiederverwendung von Ressourcen. Außerdem sollen Initiativen zur Abfallvermeidung und -beseitigung erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Mobilität

Mobilität ist ein zentraler Teil des Alltags – gerade in einer ländlich strukturierten Gemeinde wie Fuldataal. Viele Menschen sind auf verlässliche Verkehrsangebote angewiesen, um Arbeit, Schule, Arzttermine oder soziale Kontakte erreichen zu können. Gute Mobilität stärkt gesellschaftliche Teilhabe und beugt sozialer Isolation vor.

Der ÖPNV muss gestärkt und ausgebaut werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Fuldataal beim Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV) aktiv Verbesserungen einfordert. Unsere Forderungen umfassen:

- bessere Abend- und Wochenendangebote durch Anruflinientaxis oder den Ausbau des „Schaddel“-Gebiets;
- zuverlässigere Umstiegszeiten an der Ihringshäuser Straße, insbesondere zwischen Bus und Straßenbahn;
- klare Kommunikation und verständliche Fahrgastinformationen;

Um das zu erreichen, wollen wir regelmäßiger Austauschtreffen mit dem NVV zur Qualitätssicherung.

Teilen statt besitzen – neue Mobilitätsformen ermöglichen.

Lastenrad- und Carsharing können sinnvolle Ergänzungen oder Alternativen zum eigenen Auto sein und mehr Mobilität ermöglichen. Die Gemeinde kann hier unterstützen. Wir fordern daher:

- dass die Gemeinde geeignete Standorte für Carsharing-Stellplätze ausmacht,
- dass Gespräche mit regionalen Anbietern geführt werden um Angebote zu ermitteln,
- dass die Möglichkeit kommunaler Kooperationen oder Pilotprojekte gefördert wird,
- eine Förderung von Lastenradverleihsystemen, insbesondere für Familien und Vereine

Mobilität muss inklusiv sein.

Menschen mit Behinderung benötigen gut erreichbare, ausreichend vorhandene und klar gekennzeichnete Parkmöglichkeiten. Darum fordern wir, dass für Behindertenparkplätze an zentralen Orten jährlich die Bedarfe ermittelt und überprüft werden und neue Parkmöglichkeiten geschaffen werden, wenn die Prüfung das ergibt. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Wegeführung im öffentlichen Raum weiter durch z. B. abgesenkte Bordsteine und gut erkennbare Markierungen verbessert wird.

Demokratie und Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich beteiligen können und politische Entscheidungen nachvollziehbar sind. Transparente Prozesse und Partizipation stärken Vertrauen und Verständnis von Demokratischen Prozessen.

Ehrenamtliche Mitwirkung muss gestärkt werden.

Ehrenamtliche Beiräte und Arbeitskreise leisten wertvolle Beiträge zur Gemeindeentwicklung. Ihre Ergebnisse müssen stärker in politische Entscheidungen einfließen. Darum fordern wir, dass Beiratsmitglieder ein Rederecht im Gemeinderat und in den Ausschüssen erhalten, um dort ihre Arbeit direkt vorstellen zu können.

Demokratische Werte müssen verteidigt werden.

Menschenverachtendem Gedankengut muss frühzeitig der Nährboden entzogen werden. Es gilt, demokratische Grundwerte zu verteidigen und zu fördern. Viele Menschen haben Angst, gesellschaftlich abzustiegen. Die Komplexität der globalisierten Welt schafft viele Unsicherheiten, auch in den Kommunen. Extrem Rechte setzen auf Angst, Ressentiments, Spaltung und die Zersetzung von demokratischen Ideen. Wir sehen eine zentrale politische Aufgabe darin, Brücken zu bauen und demokratische Grundwerte zu befördern. Darum setzen wir uns ein für:

- Regelmäßige Aufklärungsveranstaltungen gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und menschenverachtendes Gedankengut
- Diskussionsräume über Handlungsmöglichkeiten der Partizipation und Integration
- Ausbau und Förderung von Initiativen zur Förderung von Demokratie an Schulen
- Förderung von Initiativen und Ausstellungen zur Erinnerungskultur in der Gemeinde

Weiterhin muss das Vertrauen in die Institutionen gestärkt werden. Dafür brauchen wir Informationsveranstaltungen zu Aufgaben und Grenzen der Kommunalpolitik; Themenabende zu aktuellen Herausforderungen, Filmvorführungen und Workshops in Kooperation mit Vereinen und Initiativen.

Jung und Alt - alle müssen mit beteiligt werden.

Ein Jugendbeirat kann Jugendlichen Mitspracherecht ermöglichen und junge Perspektiven sichtbar machen. Auch ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung sollten durch neue Beteiligungsformen vertreten werden.

Niedrigschwellige Kommunikation mit der Verwaltung

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, Anliegen schnell und unkompliziert einreichen zu können. Daher brauchen wir einen Online-Mängelmelder, Erreichbarkeit der Verwaltung über moderne Kommunikationswege wie Messenger (z.B. Signal) oder „Mein Ort“ und transparente Bearbeitungszeiten für Bürgeranfragen.

Transparente politische Entscheidungsprozesse

Um nachvollziehbar zu machen, wie Entscheidungen getroffen werden, fordern wir, dass nicht nur Beschlussvorlagen veröffentlicht werden, sondern auch die notwendigen Hintergrundinformationen, Präsentationen und Protokolle. Dafür brauchen wir auch ein einfach zugängliches digitales Ratsinformationssystem für alle Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinschaftliches Zusammenleben

Ein lebendiges, vielfältiges und solidarisches Zusammenleben, die Möglichkeit zum Austausch, und gegenseitige Rücksichtnahme stärken den sozialen Zusammenhalt. So können Menschen sich wohlfühlen und möchten bei uns bleiben. Dazu gehört auch, dass die Gleichstellung sowie die Integration aller Menschen, die in Fuldataal leben, gefördert werden.

Feminismus fängt im Alltag an.

Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Lebenssituationen machen sich auch im Alltag bemerkbar, die Gemeinde muss das berücksichtigen. Darum fordern wir kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in Rathäusern, Dorfgemeinschaftshäusern und dem Fuldataaler Forum. Außerdem sollen langfristige Informationsmaterialien zu Gewaltprävention bereit gestellt werden. Zur Sensibilisierung müssen außerdem regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende der Verwaltung erfolgen, um sensible Themen adäquat behandeln zu können.

Integration gelingt nicht von selbst.

Sie braucht klare Strukturen, engagierte Menschen und politische Unterstützung. Das heißt für uns, dass Menschen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung in Rothwesten leben, gut angebunden sind, insbesondere durch eine verbesserte Busverbindung, und dadurch dass sie Informationen in mehreren Sprachen erhalten können. Interkulturelle Aktivitäten müssen gefördert werden, z. B. durch Sport- und Kochabende, Begegnungsfeste oder gemeinsame Aktionen mit Vereinen. Außerdem muss ehrenamtliche Arbeit sichtbar werden. Helfende Menschen brauchen Anerkennung und Unterstützung;

Gemeinde heißt nicht einsam.

Einsamkeit und Vereinzelung betrifft viele Menschen aller Altersgruppen. Wir als Gemeinde können etwas dagegen tun. Wir wollen die Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser ausbauen und Vereine und Initiativen unterstützen, die Begegnungsräume schaffen. Dafür fordern wir die kostenlose Bereitstellung von Dorfgemeinschaftshäusern für soziale Treffen wie Seniorencafés. Für besonders gefährdete Menschen muss es aufsuchende Angebote geben, um diese auf den ersten Schritten zu begleiten.

Mehr Treffs für Jugendliche.

Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich treffen, austauschen und entfalten können, ohne dass sie Konsumzwang ausgesetzt sind oder stigmatisiert werden. Wir brauchen jugendfreundliche Räume abseits von Schule und Sportplätzen. Die Jugendlichen müssen eingebunden werden in die Standortsuche und Ausgestaltung dieser Räume. Dabei soll ein Jugendbeirat helfen. Wir wollen außerdem ermitteln, warum der Mittelpunkt vieler Jugendlicher aktuell vor allem in Ihringshausen liegt, und ob und wo in den Ortsteilen ergänzende Angebote erforderlich sind.

Entlastung für Familien

Familien sind oft mehrfach belastet – zeitlich, finanziell und organisatorisch. Eine vernünftige Familienpolitik wirkt dieser Mehrfachbelastung entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinde keine weiteren Erhöhungen der Kita-Gebühren beschließt und dass Familien mit geringem Einkommen gezielt entlastet werden. Kita-Zeiten müssen sich nach den Arbeitszeiten der Eltern richten, ohne dass dafür wesentlich mehr bezahlt werden muss. Es braucht außerdem Angebote für Mütter in besonderen Belastungssituationen. Das können zum Beispiel Beratungsangebote sein oder regionale Kooperationen.

Frieden

Auch wenn sicherheitspolitische Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden und diese derzeit aus verbaler und faktischer Aufrüstung bestehen, kann die Gemeinde Fuldata klare Signale setzen und sich für zivile Konfliktlösung und Abrüstung einsetzen. Dafür fordern wir, dass die Kaserne in Rothwesten geschlossen bleibt. Wir fordern außerdem, dass sich keine weiteren Rüstungsunternehmen oder -dienstleister im Gemeindegebiet ansiedeln. Außerdem sprechen wir uns explizit gegen das Werben fürs Sterben aus: wir fordern, dass es keine Werbeauftritte der Bundeswehr auf Volksfesten oder vergleichbaren öffentlichen Veranstaltungen geben darf. Unsere Gemeinde soll ein Ort friedlichen Zusammenlebens sein – ohne militärische Präsenz im öffentlichen Raum.

Digitalisierung, die den Menschen dient

Die gegenwärtige Weltlage zeigt immer deutlicher, dass der Einsatz von Technologie nicht unpolitisch ist. Globale Tech-Konzerne stellen sich hinter autoritäre Regime. Dadurch werden digitale Abhängigkeiten immer deutlicher und gefährlicher. Dies kann sehr schnell alle Bürgerinnen und Bürger betreffen. Wir fordern daher, dass die Gemeinde eine Technikfolgenabschätzung vornimmt, die beleuchtet, inwiefern Fuldata in kritischen Abhängigkeiten steckt. Daraus abgeleitet muss eine Neubewertung von Softwareverträgen erfolgen und gegebenenfalls Verträge mit großen Tech-Konzernen gekündigt werden. Eine verstärkte Fokussierung auf Open-Source-Lösungen oder unabhängige Anbieter muss die Grundlage bei der Auswahl von digitalen Lösungen bieten. Um auch Bürger zu digitaler Mündigkeit zu verhelfen, fordern wir außerdem die Förderung von ehrenamtlicher Technikhilfe für alle Menschen, die Unterstützung benötigen.